

Der unparteiische — jeden Werktag Dienst (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Beriebung gelangende — Landes-Anzeiger mit Beiblättern kostet monatl. 60 Pf. bei den Ausgaben in Chemnitz und den Vororten, sowie bei der Post. (Gingerichter unter Nr. 4633.) Im 4. Quartal erscheint für Thomanen Jahresbuch (Schultheißgabe) d. Anzeiger.

Verlag: Alexander Wiede,  
Buchdruckerei, Chemnitz.

Beiblätter: „Tägliches Unterhaltungsblatt“ und humoristisch illustriertes Sonntagsblatt „Lustiges Bilderbuch“.

### Telegraphische Nachrichten.

Vom 8. Januar.

Berlin. Die Wünsche der Südstaaten Bayern, Württemberg, Baden sollen beim Braunkohlenmonopol im Sinne ehrlicher materieller Augenblicke berücksichtigt sein. Im Reichstag ist das Monopol fast vor Gebrauch zu erwarten; dem Bundesrat soll die Vorlage heute vorgegangen sein.

Prag. Die Viehjäger Baumwollspinnerei bei Tannwald ist abgebrannt. Der Schaden wird auf über eine Million geschätzt. Das Stahlwerk, welches 58,000 Spindeln hatte, war beim „Phoenix“ und seinen Nachbarwerken verschont.

Wien. Infolge des Vorgehens der böhmischen Gewerke ist ein Anteil aller Eisenwerke und eine Preiserhöhung wahrscheinlich.

Paris. Die Weizahl der hiesigen Zeitungen nimmt das neue Cabinet, da es als ein Kabinett der Verbindung anzusehen sei, gänzlich auf.

London. Der Wert der Einschüsse im letzten Jahre betrug 373½ Millionen Pfund Sterling; Abnahme 16 Millionen gegen 1884. Die Ausfuhr betrug 213 Millionen, Abnahme 20 Millionen.

Madrid. In Algier sind gestern 22 Erkrankungen und 11 Todesfälle an Cholera vorgekommen.

### Politische Rundschau.

Chemnitz, den 9. Januar.

Deutsches Reich. Papst Leo XIII. hat, einem Pariser Blatt zufolge, aus Anlaß des Regierung-Jubiläums an Kaiser Wilhelm einen eigenhändigen Brief gerichtet, in dem er seine Glückwünsche ausspricht und u. A. seine Hoffnung auf baldige, zufriedenstellende Erledigung der schwierigen religiösen Fragen aussüttet und der Gerechtigkeit und dem Wohlwollen des Kaisers die Sache der katholischen Missionen in den Reichscolonien empfiehlt. Ein anderes Pariser Blatt meldet die Absehung eines päpstlichen Schreibens an König Ludwig von Bayern, in welchem dieser gedroht wird, sich beim Kaiser für die katholische Mission zu verneinen.

Nach den amtlichen Feststellungen gehören 75 Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses auch dem deutschen Reichstag an.

Die freisinnige Partei hat ihren bekannten Antrag, die Polen-Auswüchsen auf Preußen für ungerechtfertigt zu erklären, im Reichstage eingeführt.

Im Dezember war bekanntlich eine Reichstagvorlage angekündigt worden, welche eine Abänderung des Preußischen Gesetzes forderte. Die für Preußen festgestellte kurze Verjährungszeit sollte nämlich in's Unbestimmt verlängert werden. Wegen des allgemeinen Widerstandes, welchen die Vorlage erhalten, ist jetzt auf dieselbe verzichtet worden. Die Regierung hat sich mit dem Bericht eine Niederlage erwart.

Wie aus dem Berliner Telegramm meldet, ist die Braunkohlenmonopolvorlage im Bundesrat eingegangen, nachdem sie im preuß. Staatsministerium festgestellt ist und die Zustimmung des Kaisers erhalten hat. Die Vorlage geht als Antrag Preußens, wie bekannt. Sicher mehr will die Behauptung auf, daß es sich nicht um ein Spiritusmonopol, sondern um volles Braunkohlenmonopol handelt, und die möglichst zu erwartende Verstärkung der Vorlage wird ja auch wohl diese Ansicht bestätigen. Der Reichstag wird vor allen Dingen die große Prinzipfrage zu entscheiden haben: Ist das Monopol überhaupt notwendig? Beweisen ist das von keiner Seite, und der Reichstag wird auch wohl kein Reim aussprechen. Die Entscheidung hängt bei der Centrumpartei, und doch die Mehrheit derselben für das Monopol ist, davon ist bisher nichts zu entdecken. Es müßte da schon eine gewisse Überraschung eintreten und der Friede zwischen Berlin und Rom sehr plötzlich geschlossen werden. Wir glauben kaum daß sich die Entscheidung über das Monopol selbst noch allzulange im Reichstag hingehalten wird. Man wird bald genug erkennen können, wie der Hof läuft!

Die Einführung Frankreichs gegen Deutschland zieht sich heute von Rom in einer Mitteilung der offiziellen „Corr. Hav.“ fund. Dieselbe meldet, daß ungefähr zwanzig junge griechische Offiziere im März d. J. in Europa eintreffen werden, um ihre Ausbildung in den Hauptstädten der großen Militärmächte, in Paris, London, Wien, Petersburg, zum größten Theile aber in Berlin zu verfolgen. Die Teilnahme dieser Offiziere beweist der „Corr. Hav.“ zwei Dinge, einmal, daß China sich mehr als je mit seiner militärischen Organisations befähigt, und zweitens, daß der Einfluß Deutschlands mehr und mehr zur Geltung kommt. Zum weiteren Beweise der letzteren Behauptung werden dazu folgende Beispiele angeführt, die, wie wir früher erörtert haben, dem französischen Bevölkerung nicht zum ersten Male ansichtig werden: Deutsche befähigen die chinesischen Panzertruppen; deutsche Offiziere sind mit der militärischen Ausbildung in der Armee Li Hung-Changs beauftragt; ein Deutscher leitet zusammen mit Sir Robert Hart die chinesische Polizei-Polizei; endlich die rheinischen Eisenwerke werden die Hauptanlaufstelle der chinesischen Regierung ausüben. Die „Corr. Hav.“ unterläßt nach dieser zumeist richtigigen Aufzählung nur eins: die Franzosen aufzufordern, das Gleiche anzustreben.

Oesterreich-Ungarn. Im böhmischen Landtag gab es großen Zorn zwischen österreichischen und deutschen Abgeordneten, da die ersten sich wieder stark in ihren bekannten Schwämmen und Angüssen gegen die Deutschen zeigten. Der Statthalter erklärte, sein Prinzip sei Unparteilichkeit und Gerechtigkeit. Wo waren die in Königsberg zu finden? — Die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn über den finanziellen Ausgleich sind beendet. Man spricht davon, es solle ein Betriebsgegell in den Händen des deutschen Börsen eingeführt werden.

Schweiz. Das nunmehr nach den Beschlüssen der eidgenössischen Räte endgültig vereinigte eidgenössische Budget für das Jahr 1886 zeigt folgende Bilanz: Wirtschaftliche Einnahmen Fr. 57,779,000. Sozial 57,639,000. wirtschaftliche Ausgaben Fr. 57,779,000. Somit beträgt das mathematische Deficit Fr. ca. 140,000.

Frankreich. Das neue Ministerium unter Guizot ist gebildet; seine Mitglieder gehörten ausschließlich der radikalen (revolutionären) Partei an, während die Gewaltthüter vollständig daran angeschlossen sind. Guizot behält sich, um allen Streitigkeiten möglichst vorzubeugen, die Verwaltung der unter französische Schutzherrschaft stehenden Länder selbst vor, aber trotzdem ist es fraglich, ob das Cabinet allzu lange Dauer haben wird. Alle Welt in Paris spricht von einer notwendigen Einigung der beiden republikanischen Parteien, aber die neue Kabinettbildung beweist, daß alles andere eher da ist, als Einigkeit. Diesen Zwiespalt werden in der Räume die Monarchisten

Sächsischer

# Landes-Anzeiger

mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger“.

Sonntag, 10. Januar 1886.

### Insertionspreis:

Raum einer schmalen Korpuszeile 15 Pf.;  
Reklame (1/4 tlg. Zeitzeile) 30 Pf.  
Bei Wiederholung großer Annoncen Rabatt.  
Bei Bestellungen von Auswärtigen muß man Siedlungsbetrag (in Briefmarken) beifügen  
(je 8 Silber-Korpuszeile bilden ca. 1 Seite).  
Annoncenannahme: nur bis Sonnabend.

### Expedition und Redaktion:

Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.  
Telegramm-Nr.: Wiede's Anzeiger, Chemnitz.  
Sprechstelle Nr. 186.

trefflich auszunehmen wissen. Bedenklicher ist noch eine andere Seite im neuen Ministerium. Freyinet ist ein ruhiger, vernünftiger Mann; es war ihm zuwider, daß sein Cabinet so vollständig nach links hinüberzuschlagen sollte, aber er mußte die Gewinnung von gewalttätigen Ministern angesichts des Protestes der Radikalen aufgeben. Ich für mein Teil halte Alles gut auch, so läßt sich doch ableben, daß die Ultraradikale immer größere Anstrengungen machen werden, Einfluss auf die Regierung zu gewinnen und auf dem Ministerium die wenigen gemäßigten Elemente, die noch darin enthalten sind, hinauszudringen. Jedes französische Ministerium der letzten Jahre zeigte gegenüber seinem Vorgänger eine etwas gehobene Neigung nach links hinüber. Jetzt ist es soweit gekommen, daß nur noch ein starker Rückzug notwendig und der rohe Clemenceau ist Ministerpräsident. Gut wäre das für Frankreich nicht und deshalb ist dem Cabinet Freyinet eine recht lange Lebensdauer zu wünschen. Wer will oder in Frankreich sagen, ob dort etwas einsetzen wird? Da sind Überraschungen so zahlreich, wie im Sommer die Spanien.

Italien. In seinem Land ist der Zucker verbotet und aufgedehnt als in Italien. Ein amtlicher Bericht an die Regierung in Rom besagt u. A. Folgendes: In der Comune Cisterna, Provinz Bari, hat der kleine Zuckerbauer nur dann Ansicht, eine Kuliße zu kontakten, wenn er 40—50 Prozent bezahlt. Die Kapitalien fehlen so sehr, daß manche Grundbesitzer den Aufbau des Landes fast gänzlich einstellen müssen. Kreditbanken gibt es dort nicht. Von Torino heißt es: Der Bauer füllt unvermeidlich den Bucherex in die Hände, welche den Ertrag seiner Arbeit verschlingen. Der Kredit ist dort keine Illusion, wenige Millionen haben sogenannte Grundbesitzerbanken entstehen lassen, aber der kleinen Zuckerbauer wird kein Kredit gegeben. Ruhig oder noch schlimmer lauten die Berichte aus hunderten von Orten.

England. Eine werkwürdige Lösung der irischen Frage erscheint in „Society Fair“ das Tagelicht. Dort steht man nämlich: „In dem unwahrscheinlichen Falle, daß Lord Salisbury vom Staatsminister verdeckt und unter der Führung der Mr. Gladstone's von einem radical-socialistischen Kabinett erlegt wird, erscheint ich, daß die conservative Partei in Nord-Ireland durchlossen hat — tatsächlich nachdem sie im Unter- und Oberhause jedem Blane zu einer abgesonderten Regierung Irlands den unheiligen Widerstand geleistet — als legitime Vertretung, daß zwei abgesonderte Kolonien in Irland gebildet werden, nämlich Nord- und Süd-Ireland; und daß jede der beiden ihre eigene Legislatur mit einem oder der Krone ernannten Gouverneur erhalten soll. Man erwartet, daß diese zwei abgesonderten Gemeinschaften einander in Schach halten und die Notwendigkeit englischer Einmischung befehligen würden. Ich erfaße auch, daß die Tory-Demokraten, das heißt also Lord Randolph Churchill und seine Freunde, einer solchen Lösung der irischen Frage eher günstig gesinnt sind.“

Griechenland. In der griechischen Volksvertretung geht es wahrscheinlich so. Das „Athener Journal“ entwirft folgendes Bild: Die Kammer sieht die wilden Standorte, schlimmer als sich solche in irgend einem Staat je ereignet haben. Man schimpft sich gegenseitig aus, schreibt sich die elbstesten Injurien an den Kopf, dann und wann wird man auch handgreiflich und hant sich weißlich durch zum Gardian der Galerieen, die Weissl Matzen, wenn ein Abgeordneter einen Minister gründlich vorzeigt, oder zwei andere Abgeordnete einen Minister gründlich vorzeigen, oder zwei andere Abgeordnete sich mit ihren Säcken bearbeiten. Nicht unisono ist es in Athen zu seien, daß die Deputierten mit dem Hute auf dem Kopf und dem Knüdel in der Hand tagen. Dieser Gebräuch hat seine praktische Bedeutung.

Türkei. Das Röllamt und die Cenzur in Konstantinopel steht mit der deutschen Post und der deutschen Literatur im offenen Kriege. Die Erzeugnisse des deutschen Buchhandels werden unheimlich als Staats- und religiös-leidlich verachtet und zum Scheiterhaufen verwurzelt. Den deutschen Buchhändlern in Konstantinopel wurden z. B. Lieferungen des Oesterreichischen Geschichtswerkes, das neuere Manuale Buch, sämtliche Kreuzbandbindungen der Gartenlaube, des Dabula z. Theat. der Post, Theat. der Steuer in der schamlosen Weise konfisziert, während französische Romane der verlustreichen Saitung ungehindert passieren und speziell die übrigen Postämter unablässigt bleiben. Es wäre wirklich an der Zeit, die türkischen Liebhaber seines der deutschen Regierung in die gebrochenen Schranken zu verweisen.

Bulgarien. Fürst Alexander von Bulgarien hat, wie Wiener Blätter melden, mittels Decretes die Einführung der bulgarischen Uppigeseze in Rumänien angeordnet. Der serbische Bevölkerung gilt die bulgarische Verhinderung zwischen Bulgarien und Rumänien, gilt als Freund Österreichs. Seine Ernennung hat daher in Wien einen sehr guten Eindruck gemacht. Wenn die Verhandlungen beginnen und wo sie stattfinden sollen, ist noch immer nicht bekannt.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, den 8. Januar.

Präsident von Wedell-Wiedendorf eröffnet die erste Sitzung nach den Ferien mit der Mitteilung vom Ableben des Abg. Bissinger. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Eichenbrot von den Blättern. Vorher wird mitgetheilt, daß der Abg. Ebert (Sachsen) sein Mandat niedergelegt hat. Ohne Diskussion wird der Gesetzentwurf, bez. die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshauptsatzes von Elsass-Lothringen für 1885/86 in dritter Beratung genehmigt. Dann folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen des Abg. von der Ostsee (3. Sietzlin) und Schenk (2. Wiedeboden) werden abgelebt und gütig erklärt. Abg. Liecknecht (Sax.) berichtet über Anschauungen der Wehrkraft. Abg. Haniel (Freib.) im 7. Wahlkreise von Schleswig-Holstein und beschwert sich dabei über die Unterdrückung einer sozialdemokratischen Versammlung und eines sozialen Flugblattes. Abg. v. Möller (Hess.) vertheidigt sich dagegen, daß der Vorredner die Anschauungen der Wehrkraft der Wahlprüfungskommission zum Ausdruck bringt. Abg. Francke (Hannib.) erklärt, daß seine Partei immer für die Wahlfreiheit eintrete. Abg. Ritter (Freib.) polemisiert gegen den Abg. v. Möller und wünscht, daß seitens der Reichsregierung mehr zur Wahrung der Wahlfreiheit briggetragen werde. Staatssekretär von Böltzsch habe eine an ihn gerichtete Beschwerde einlaß dem preußischen Minister des Innern überwiesen. Staatssekretär von Böltzsch erwidert, daß das der geschäftliche Gang sei. Nachdem sich noch die Abg. von Möller, Ritter und Dircklet kurz an der Debatte beteiligt, wird die Wahl des Abg.

Hönel für gütig erklärt. Die Wahl des Abg. Gedhard (19. Hannover) wird für gütig erklärt, und der Reichstagsler erhält, des Bericht der Wahlkommission nebst dem Wahlprotest der preußischen Regierung zur Kenntnahme und event. weiteren Veranlassung mitzugeben. In Bezug auf die Wahl des Abg. v. Wermuth wird eine auf Bevölkerung des kleinen Materials gerichtete Resolution angenommen. Es folgt 2. Bezeichnung des Reichshaushaltsetats und zwar des Spezialstaats der Verwaltung der Eisenbahnen. Der Etat wird debatioslos und unverändert angenommen. Darauf verläßt sich das sehr schwach besetzte Haus auf Sonnabend 2 Uhr.

### Worms Landtag.

Am 8. Januar hielten beide Kammer Sitzungen ab. Die 1. Kammer erklärte sich in Gegenwart des Staatsministers v. Rostip-Mallwitz und Fz. v. Konzern nach dem Bericht des Herrn v. Becker mit den folgenden des fol. Decretes Nr. 13 in den Jahren 1883 u. 1884 vorgenommenen Veränderungen am Staatsgut einverstanden, beschloß weiter, die Petition des ehemaligen Reichslehrer-Volksbrecht in Weichenaum um Erhöhung seiner Pension, über einstimmig mit dem entsprechenden Schluß des II. Kammer, sowie eine Petition der Wilhelmine Kreiselmeyer in Dresden, Gestattung des Verkaufs des von ihr erworbenen Augenbalsams betreffend, auf sich beruhen zu lassen und nahm endlich die Klage des vierter Deputation über 4 als ungültig zu erklärende Petitionen entgegen.

In der Sitzung der II. Kammer erfolgte zunächst der Bericht der Finanzdeputation B über Titel 7, 9 und 10 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats aus die Finanzperiode 1886—87. Als Referent ergriff Abg. Ulrich zur Begründung des Antrages, zur Herstellung von Produktionsanlagen auf Bahnhof Werda u. 245,000 M. sowie für die Erweiterung der Station Neumark 130,200 M. und der Station Schönfeld 83,000 M. zu bewilligen das Wort. Der Antrag wird noch unverändert Debatte angekommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Allgemeine Vorberatung über das Decret, die Neubauung mehrerer Secundarschulen bestreift, ergreift das Wort der Abg. Streit. Das vorliegende Decret spricht sich nicht über die Gründe aus, welche für Wechselwohnen und französische Eisenbahnverwaltung ein gespanntes Verhältnis bestünde. Die Regierung baut mit dieser Strecke der Gaischwitz-Wechselwohner Linie eine Concurrentenbahn. Es gäbe anständige Concurrenten und andere, und diese sei nicht anständig. Es handele sich hier um eine Concurrent, welche amerikanische Unternehmer ausüben pflegten. Die Gaischwitz-Wechselwohner Eisenbahn sei aus eigener Privatinitiative herausgebaut, und zwar mit recht schweren Opfern. Die Thelhaber könnten ihre Aktien wegen der geringen Rente nicht behalten, die Regierung hätte zur Zeit diese Strecke sehr billig haben können. Die Eisenbahn reiste mit Einrichtung des Secundarschulverkehrs. Für die von ihm vertretene Gegend sei die veranschlagte Bahn von höchstem Bedenken. Im Falle des Baues der neuen Strecke würde die Gaischwitz-Wechselwohner Eisenbahn ½ des Güterverkehrs verlieren, auch beim Personenverkehr würde man das merken. Man hätte Geld genug zu anderen Bahnen gebaut, nur wollte man eine blühende Eisenbahnlinie zu Grunde richten, um eine Staatsbahn zu bauen. Am 17. Dec. hätte die Regierung, nachdem sie kurz zuvor noch verichert (am 4. Dec.) sie halte ihre Forderung für Gaischwitz-Wechselwohner bis zur Einbringung eines Decretes an die Kammer aufrecht, auf die Annahme bedacht. Zusammenfassung einer neuen Generalversammlung geantwortet, daß sie nicht mehr glaube, die Offiziere bei den Ständen durchzubringen zu können. Wenn der Staat Gaischwitz-Wechselwohner übernahm, so hätte er eine gut eingerichtete Bahn, sobald die Prioritätssammelstrecke zu 125 M. ferner Aktien zu 300 M., welche mit 4% rentieren, sofort nach Übernahme durch den Staat würde aber die Rente wachsen. Er bitte die Deputation, doch diesen Bedenken Rechnung zu tragen. Mindest v. Konzern: Er sei mit dem Vorredner darin einverstanden, daß, wenn die Regierung 1878 die Gaischwitz-Wechselwohner Eisenbahn gekauft hätte, sie nicht die neue Strecke bauen würde. Der Vorredner hätte der Regierung den Vorwurf der unanständigen Concurrent gemacht, doch weiter, als die Regierung der Bahn entgegengekommen sei nicht möglich. Obwohl bereits der Wert der Aktien ziemlich hoch getrieben war, wollte die Regierung noch auf den Anlauf eingehen. Es sei allerdings noch einmal die Frage eingeleitet, ob die Regierung zu einem höheren Preis die Bahn nehmen wolle, sodann zu dem früheren Preis, da war man jedoch so weit vorgeschritten, daß man Bedenken trug, dem Vorredner den Vorwurf zu machen. Was das Verhältnis der preußischen zu den sächsischen Bahnen beträfe, so sei vor einem geplanten Verhältnis nicht die Rede. Er halte nunmehr den Vorschlag der vorgelegten Linie für die richtige Maßnahme. Abg. Streit: Es möchte erwähnen, daß nach seiner Erinnerung ein Hinweis bezüglich Entlastung der Linie Kirschbach-Leipzig im Decret enthalten sei. Vorwürfe habe er der Regierung durchaus nicht machen wollen. Zur Linie Annaberg-Schwarzenberg nimmt Abg. Uhlmann-Stollberg das Wort, um einige Wünsche der Veränderung der Linie Ausdruck zu geben. Er meinte, daß im Schwarzenbachtal die Vorbedingungen zu einer blühenden Industrie vorhanden seien. Bald würde aus der Gegend der Aufschwung: Baut uns eine wirklich praktische Bahn: Annaberg-Großwitz. Abg. Möbius sieht vollkommen auf die Streckenpunkte des fol. Decretes. Es sei zu wünschen, daß Annaberg-Buchholz mit den Kohlenwerken verbunden werde und die Industrie begünstigt werde. Ihm sei mitgetheilt worden, daß man sich in Schönfeld auf Kirschbach an den Verkehr in den industriellen Betrieben eingerichtet. Er sei jedoch mit der Einrichtung der Hauptlinie zurück, die Nebenlinien würden sich noch später eröffnen lassen. Er schlägt sich dem Wunsche an, daß es gelingen möge, das Stollberger Kohlenbeden mit Annaberg zu verbinden. Der Gegenstand wird hierauf der Finanzdeputation B überwiesen.

Es folgte die allgemeine Vorberatung des Antrags B. Bebel u. Gen. bez. Aufhebung des Schulgeldes in den Volksschulen, welchen wir vor einiger Zeit zum Ablauf gebracht haben. Das Wort nimmt Abg. Bebel: Der Antrag sei bereits vor zwei Jahren gestellt worden. Der Bildungsminister hätte damals den Standpunkt vertreten, der Staat habe nur für die höheren Bildungseinrichtungen zu sorgen, die Gemeinden für das Volksschulwesen. Es läge im höchsten Interesse des Staates, die Volksschule auf eine immer höhere Stufe zu heben. Es sei dies auch eine Cardinalforderung